

Zeitung

Austern statt Hering

Der Klimawandel lässt die Temperatur der Nordsee doppelt so schnell steigen wie in den Ozeanen. Die Folgen: Hier heimische Arten finden keine kalten Laichplätze mehr und wandern ab. Dazu kommt die jahrelange Überfischung der Bestände. Vor 20 Jahren wurden noch rund 8.000 Tonnen Kabeljau jährlich in deutschen Hoheitsgewässern gefischt, 2023 waren es nur noch 630 Tonnen. Beim Hering ist der Fang in der gleichen Zeit von 35.000 Tonnen auf 320 Tonnen zurückgegangen. Jetzt machen sich Arten breit, die wir aus südlichen Regionen wie dem Mittelmeer kennen. Wer gerne Hering, Dorsch oder Makrele isst, muss sich also langsam umstellen – z. B. auf Tintenfisch, Sardinen oder Austern.

Fahrradverkehr in der Mühlenstraße

Die Landesplanung sieht für eine bauliche Entwicklung Barmstedts neben der Bebauung einiger Baulücken im innerstädtischen Bereich nur eine Entwicklung nach Norden in Richtung Königskoppel und Lutzhorn vor. Neue Wohngebiete und ein Gewerbegebiet im Norden der Stadt werden sicherlich zu einem höherem Verkehrsaufkommen im Krützkamp, in der Mühlenstraße und in der Brunnenstraße führen.

Die Mühlenstraße ist jetzt schon durch den gestiegenen Anlieferverkehr zur Meierei/Käsefabrik stark belastet. Besonders Fahrradfahrer*innen haben darunter zu leiden.



Wenn sie mit dem Fahrrad aus der Innenstadt kommen, müssen sich Fußgänger- und Radfahrer*innen den ehemaligen Fußweg teilen. Für die Radfahrer*innen, die vom Norden kommend in der Mühlenstraße unterwegs sind, steht seit der Erneuerung der Fahrbahn nur ein Fahrradstreifen am rechten Rand der Straße zur Verfügung. Dort müssen sich zwischen den Parkverbotszonen auf der linken Seite PKWs, LKWs und Fahrradfahrer*innen die Straße teilen. Dass dies – durch die beengten Zustände – des öfteren zu gefährlichen Situationen für die Fahrradfahrer*innen führt, ist verständlich.

Wenn in den nächsten Jahren im Norden weitere Baugebiete entstehen und es zur Ansiedlung eines Familien-Verbrauchermarktes kommen soll, muss das Verkehrsaufkommen in der Mühlenstraße mit bedacht werden. Es müssen Ausweichmöglichkeiten geplant werden. Die Mühlenstraße ist jetzt schon so stark verkehrlich belastet, dass es vor allem für Radfahrer*innen von Tag zu Tag gefährlicher wird.

Städtischer Jahresabschluss 2023:

Diesmal ganz anders als erwartet!

Der Ausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses unter der Leitung von BALL-Stadtvertreter Dr. Günter Thiel stellte den Abschluss für das Jahr 2023 auf der Sitzung am 17. Sept. 24 fest. Die Stadt Barmstedt schloss das Jahr 2023 mit einem Überschuss von 1.698.866,- Euro ab. Im Nachtragshaushalt für das Jahr 2023 ging die Stadt noch von einem Defizit von 2.928.900,- Euro aus. Das ist eine erhebliche Planabweichung von 4.627.766,71 Euro.

Wodurch erfolgte diese Haushaltsverbesserung? Die Einnahmen der Stadt durch Steueranteile, Abgaben und Zuweisungen lagen mit 30.776.687,75 Euro gut eine Million Euro höher als erwartet. Die Ausgaben lagen mit 29.077.821,- Euro rund 3,5 Mio. Euro niedriger als geplant. Dabei lagen die Personalkosten rund 867.000,-, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen rund 1,6 Mio. Euro niedriger als erwartet. Bei der Unterhaltung von Gebäuden, Grundstücken und beweglichem Vermögen wurde weniger ausgegeben, ferner lagen die Zinsausgaben und Abschreibungen deutlich niedriger als erwartet, da geplante Grundstückskäufe



und bauliche Maßnahmen nicht umgesetzt wurden und demzufolge weniger Kredite aufgenommen worden sind.

Durch den Jahresüberschuss von rund 1,7 Mio. Euro verbessert sich die Bilanz der Stadt. Das Eigenkapital beträgt am 31. Dez. 2023 rund 9,6 Mio. Euro. Dabei sind die Jahresfehlbeträge der Vorjahre von rund 2,7 Mio. schon verrechnet. Das Anlagevermögen der Stadt liegt bei rund 70,8 Mio. Euro und das Umlaufvermögen bei rund 3,5 Mio. Euro. Demgegenüber be-

tragen die Verbindlichkeiten rund 27,8 Mio. Euro, davon sind rund 25,1 Mio. Euro Kredite für Investitionen. Die Liquidität der Stadt hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 1,3 Mio. Euro verbessert. In der kommunalpolitischen Bewertung aus Sicht der BALL ist festzuhalten: Wenn die Realität derart stark von der Haushaltsplanung abweicht, dann erfolgt die Diskussion verschiedener Themen in der Stadtvertretung auf recht ungenauer Grundlage. Und was sollen die Barmstedter Bürger-

Innen davon halten, wenn aus einem geplanten Defizit von 2,9 Mio. Euro auf einmal ein Überschuss von 1,6 Mio. Euro wird? Zudem ist zu kritisieren, dass bei der Diskussion etlicher Haushaltsansätze, z. B. von Zuschüssen für soziale oder kulturelle Zwecke, ein hohes Planungsdefizit immer als Druckmittel im Hintergrund wirkt. Die Freude über den Jahresüberschuss wird gedämpft, da vor allem eine Fehlbetragszuweisung für das Jahr 2020 von rund 1,4 Mio. Euro zur Haushaltsverbesserung beigetragen hat. Ohne diese läge der Jahresüberschuss bei rund 289.000,- Euro. Dabei ist zu bedenken, dass verschiedene Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen auf das nächste Jahr verschoben wurden. Seit Jahren dringend erforderliche Maßnahmen wie der Bau von Wohnungen zu bezahlbaren Mieten oder der Neubau der Stadtbücherei lassen weiterhin auf sich warten.

Im Lagebericht zum Haushalt 2023 wird am Ende realistisch festgehalten: „Der notwendige Neubau einer Feuerwache stellt ein sehr kostenintensives Projekt für die Stadt Barmstedt dar. Mit geplanten Baukosten von 20 Mio. Euro, welche durch Kredite finanziert werden müssen, werden die künftigen Haushalte allein durch die Zins- und Tilgungsleistungen dermaßen belastet, dass diese Maßnahme nicht im Einklang mit der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Stadt Barmstedt steht.“ Das Feuerwachenprojekt ist zwar erst einmal wieder von der Stadtvertretung zurückgedreht, aber die BALL bleibt bei ihrer Einschätzung: Der Neubau der Feuerwache in einer angemessenen Größenordnung ist notwendig, aber es ist nicht akzeptabel, dass die Stadt Barmstedt nahezu allein die Bau- und Folgekosten zu tragen hat. Für 2024 sieht der 1. Nachtragshaushalt der Stadt ein Defizit von ca. 3,9 Mio. Euro vor...

Die Zeit drängt immer mehr

Es ist sicherlich ein großes Glück, einfach mal auf die Malediven zu fliegen oder Venedig zu besuchen, „aber künftig sollten wir von diesem Glück sparsamer Gebrauch machen“. Dieses Zitat aus dem Jahr 2019 stammt nicht etwa von Klimaaktivisten sondern von dem CDU-Vordenker Wolfgang Schäuble.

In den letzten Wochen haben Mitglieder der „Letzten Generation“ wieder Aktionen durchgeführt, sehr zum Ärger von Autofahrern oder Urlaubern. Dabei setzen sie nur um, was eigentlich allen schon klar ist: Notwendig ist ein radikales Umdenken, und das heißt auch Verzicht! Im Durchschnitt verursacht jeder Deutsche knapp 9 Tonnen Treibhausgase im Jahr – klimaverträglich wären 1,5 Tonnen. Wobei reiche Deutsche deutlich mehr verursachen als jene, die



Venedig oder die Malediven noch nicht kennen.

Die Organisation heißt übrigens korrekt „Letzte Generation vor den Kippunkten“. Kippunkte sind Systeme im Weltklima, die – wenn sie erreicht sind – nicht mehr rückgängig gemacht werden können und

verheerende Auswirkungen nach sich ziehen werden. Ein Kippen des Golfstroms zum Beispiel würde das Klima in Nordeuropa komplett verändern. Aber während Wolfgang Schäuble (CDU) posthum geehrt wird, werden Demonstranten als „Klima-Chaoten“, „Klimaradikale“

und sogar als „Terroristen“ bezeichnet. Aber auch der Staat greift durch: Die Polizei durchsucht ihre Wohnungen, Gerichte sperren sie für Monate ins Gefängnis, die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermittelt wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Dabei ist der Protest der Aktivisten friedlich, legitim und notwendig. „Kriminelle Vereinigungen“ sind dagegen eher die Verbände der Gas-, Öl- und Autoindustrie. Aber leider



Klaus Kuberzig
Werkausschuss

ist unsere Gesellschaft (noch) nicht bereit für grundlegende Änderungen – deshalb wird der Protest kriminalisiert.

Es soll sich zwar etwas ändern – aber bitte nur ohne etwas im persönlichen Bereich zu ändern. Mit dieser Haltung wird der Laden mit Karracho gegen die Wand gefahren.

Klimaschutzkonzept für Barmstedt

Am 18. September fand eine weitere Informationsveranstaltung zu dem „Integrierten Klimaschutzkonzept“ für Barmstedt statt. Vorgestellt wurden die Zwischenergebnisse der Konzepterstellung wie die Treibhausgasbilanz und damit verbundenen Potenziale und Szenarien.

Der Leiter der Stadtwerke, Mathias Stolten, hielt einen Vortrag über Wärmenetze und was diese erreichen können. Weiterhin informierte unser Klimaschutzmanager, Dr. Till Hermanns, zu Beratungsangeboten für einfache Energiespar- und Klimaschutzmaßnahmen.

Leider waren nur 21 Interessierte zu dieser Veranstaltung gekommen. Dabei lohnt es sich mitzumachen. Denn betroffen von den kommenden Maßnahmen ist jede und jeder!

2023: Stadtwerke behaupten sich

Die Stadtwerke legten ihren Jahresabschluss 2023 vor, und dieser ergab bei den Stadtwerken einen Verlust nach Steuern von 520.570,- Euro und bei der Stadtwerke-Tochter Xtra GmbH einen Verlust nach Steuern von 692.000,- Euro. Durch die Verluste sinkt in der Bilanz etwas das Eigenkapital. Dieses liegt jedoch immer noch über 20 Mio. Euro. Gute Gewinne wurden in der Stromsparte und beim Glasfasernetz gemacht, die jedoch die hohen Verluste beim Gasverkauf nicht ausgleichen konnten.

Die Stadtwerke sind den un-

durchsichtigen Turbulenzen am Strom- und Gasmarkt, wo große Energiekonzerne und Spekulanten die Hauptplayer sind, ausgeliefert. Dabei ist der Einkauf von Strom und Gas in der Größen-

Dr. Günter Thiel
Werkausschuss



ordnung von über 60 Mio. Euro im Jahr zur stabilen Versorgung der Bevölkerung mit einer gehörigen Portion Glück oder Pech behaftet: Werden große Mengen langfristig eingekauft und sinken in der Zwischenzeit die Preise

am Markt, werden die Stadtwerke die Mengen nur mit Verlusten los. Müssen kurzfristig große Mengen eingekauft werden und die Preise sind sehr hoch, besteht das gleiche Problem. Der sozialpolitische Wahnsinn besteht darin, dass die Versorgung der Menschen mit Energie, die eigentlich elementar zur Daseinsfürsorge gehört, dem Profitgebaren am Markt von den neoliberalen Regierungen aus CDU, SPD, FDP und GRÜNEN ausgeliefert wurde.

Auch wenn die Stadtwerke 2023 diese Verluste gemacht haben, so darf nicht übersehen werden, dass die Stadtwerke

den Verlust durch das Wellenbades von rund 489.000.- Euro getragen haben. Weiterhin wurden sehr hohe Rückstellungen für die Risiken im Strom- und Gasgeschäft in diesem Jahr gebildet. Zudem haben die Stadtwerke sehr hohe Beträge an Steuern und Konzessionsabgabe, u. a. an die Stadt und damit an die Barmstedter Bevölkerung abgeführt. Die Stadtwerke sind mit 117 MitarbeiterInnen und 8 Auszubildenden eines der größten Unternehmen in Barmstedt.

Müllabfuhr und parkende Autos

Anfang September haben die Anwohnerinnen und Anwohner der Neuen Straße, der Chemnitzstraße und der Kirchenstraße ein Schreiben der Stadtverwaltung betreffend der Müllentsorgung erhalten. Darin wird darauf verwiesen, dass aufgrund von Vorschriften der Berufsgenossenschaft die Müllwagen in diesen Straßen wegen eines zu geringen Seitenabstands

Benspiegel). Heute sind es gut 1,87 Meter – also 22 cm mehr. Und damit wird es enger in den Straßen und auf Parkplätzen.

Mercedes-Benz bewirbt neuerdings eine „schlanke Lösung“ für die Müllabfuhr – eine Sonderanfertigung des Müllautos mit nur 2,40 m Breite. Das mag auf den ersten Blick eine gute Lösung sein – auch für die betroffene-



nicht mehr fahren dürfen. Das heißt konkret, dass zukünftig an den Abfuhrtagen (Montag und Dienstag) vormittags ein **absolutes Halteverbot** gilt.

Dieses ist ein kleines und ärgerliches Problem für die Betroffenen, es zeigt aber gleichzeitig, welche großen Probleme wir in den letzten Jahren bekommen haben und welche auch zukünftig prägend sein werden.

Es drängen sich immer mehr Autos auf den Straßen. Anfang dieses Jahres waren 49,1 Millionen PKW in Deutschland zugelassen. Vor 10 Jahren waren es noch 43,9 Mio. Und jedes dritte neu zugelassene Auto ist ein SUV. Die Autos werden insgesamt immer wuchtiger, breiter und länger. Zum Vergleich: 1980 waren Autos im Schnitt 1,65 Meter breit (ohne Au-

nen Straßen in unserer Stadt. Aber Achtung! Kleinere Müllwagen bedeuten auch häufigere Fahrten und mehr Personal. Im Ergebnis werden dann die Abfuhrgebühren erhöht werden.

Ob es nur beim Halteverbot in den drei genannten Straßen bleibt oder ob zukünftig vielleicht noch weitere Straßen betroffen sein können? Je mehr SUV in unseren Straßen parken, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit solcher Maßnahmen.

Übrigens: Auch LKW sind immer größer geworden und dürfen heute 10 Tonnen schwerer sein als früher. Das belastet die Autobahnen und Brücken, die teilweise 50 Jahre alt sind. Rund 4.000 Brücken gelten bundesweit als sanierungsbedürftig, wie der Einsturz der Carolabrücke in Dresden zeigt.

Für besseren öffentlichen Nahverkehr!

Nach dem Brand eines Elektrobusses in Elmsborn war Anfang September die Bahnstrecke in beide Richtungen (Hamburg und nach Norden) lahmgelegt. Die „Deutsche Bahn“ hatte ausnahmsweise mal keine Schuld. Für Pendler war diese Situation eine große Herausforderung. Jetzt ist aber alles wieder normal. „Normal“, das heißt ständige Verspätungen.

Während der letzten Jahrzehnte – besonders unter dem damaligen Bahnchef Hartmut Mehdorn ist die Deutsche Bahn (DB) heruntergewirtschaftet worden. Dieses ist besonders während der vergangenen Fußball-Europameisterschaft deutlich geworden, als zum Beispiel Fans in Gelsenkirchen das Stadion nicht pünktlich erreichen konnten und selbst Turnierdirektor Philipp Lahm auf der Strecke geblieben war. Ganz Europa konnte sehen, wie marode das Schienennetz in einem der reichsten Länder der Welt ist.

Der EM sei Dank: die Bahn wird wieder zu einem Thema der Berliner Politik.

Rund 86 Milliarden Euro (Stand heute!) sollen in das Schienennetz investiert werden. Mit großem Trara wurde Mitte Juli der Beginn der Sanierung



auf der Strecke Frankfurt – Mannheim (eines der Nadelöhere von Nord nach Süd) gefeiert. Die Strecke Hamburg – Berlin wird dann das nächste große Projekt werden.

So weit so gut.

Auch in den Strukturen und Abläufen bei der Bahn muss sich was ändern. Das sind Forderungen, die quer durch alle Parteien laut werden.

Aber Achtung! Gefahr droht von dem Mann, der selbst gern

„Überforderung“ der Bahn, müsse man das Angebot reduzieren. Die Konsequenz wäre: weniger Verbindungen, Streckenstilllegungen, Ausdünnung der Takte und noch überfülltere Züge als ohnehin schon. Davon könnten auch Strecken in unserem Kreis und Bundesland betroffen sein. So sind z.B. erste Taktverdichtungen bei der S-Bahn in unsere Richtung bereits angedacht.

In einer Situation, in der immer mehr Menschen aus Hamburg wegen der hohen Mieten „flüchten“ und sich in den angrenzenden Kreisen niederlassen, ist aber ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs unabdingbar. Dazu gehört die Takterweiterung der AKN, und eine Busverbindung von Barmstedt nach Pinneberg zur S-Bahn wären sinnvoll.

mit dem Privatflugzeug schnell und bequem unterwegs ist! Friedrich Merz, CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat, wagte in einem ARD-Interview einen Vorstoß. Wegen der jetzigen

Berlin: Bundesregierung versteckt geschickt Sozialabbau

Kleine Kürzungen bei den Sozialleistungen – mit dieser Ankündigung ging die SPD in die Verhandlungen um den Bundeshaushalt 2025. Ein Blick in die Pläne des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zeigt: Durchhalten konnte die SPD ihre Linie nicht. Allein beim Bürgergeld sollen 5,3 Milliarden Euro gekürzt werden. In 2025 gibt es eine Nullrunde (keine Inflationsanpassung) und jede Menge Extradruck auf die Leistungsempfänger, etwa durch abgesenkte Zumutbarkeitsgrenzen und schärfere Sanktionen.

Auch bei vielen anderen Posten des Etats wird gekürzt. So sollen die Ausgaben für die „Förderung der Inklusion von



Menschen mit Behinderung“ gegenüber dem Vorjahr um 114 Millionen sinken. Weniger Geld bekommen auch die Jugendberufsagenturen.

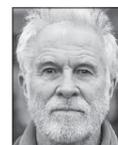
Einen großen Teil der geplanten

Kürzungen hat die Bundesregierung aber gut versteckt, etwa jene im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Hier sind bereits offene Kürzungen von 450 Millionen Euro vorge-

sehen, nachdem die Mittel seit 2021 schon von fünf auf zuletzt nur noch 3,7 Milliarden Euro zurückgingen. Um die Empörung bei Betroffenen und Sozialverbänden gering zu halten, wurden sie als sinkende Verwaltungskosten getarnt.

So sollen die Verwaltungskosten beim Bürgergeld im kommenden Jahr gegenüber den Ausgaben 2023 runtergehen. Sollten sie sich dann im kommenden Jahr doch auf oder über dem üblichen Niveau bewegen, wovon angesichts gestiegener Personal- und Sachkosten auszugehen ist, muss aus anderen Teilen umverteilt werden. Betroffen sind dann die Arbeitsförderungsmaßnahmen der Jobcenter – also Qua-

lizierungsmaßnahmen und öffentlich geförderte Stellen. Schon in den vergangenen Jahren wurde der Trick angewandt.



Helmut Welk
Vorsitzender
der BALL

Auch beim größten Einzelposten des BMAS, den Bundesbeiträgen zur Rentenversicherung, wird der Rotstift angesetzt. Und zwar indem eine über drei Jahre verteilte Kürzung um zwei Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt in das Haushaltsbegleitgesetz ausgelagert wird. „Die Bundesregierung bricht mit der

beabsichtigten Kürzung erneut feste Finanzierungszusagen gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung. Sollte der Bundestag dem zustimmen, wäre dies bereits die vierte Kürzung innerhalb von drei Jahren“, so die Deutsche Rentenversicherung (DRV). Damit steigt der Druck auf die Rentenkasse – also auf den Lebensstandard der Menschen im Alter.

Mit solchen Kniffen hat die Ampel einen BMAS-Haushalt vorgelegt, der auf den ersten Blick „nur“ um 118 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr gesenkt wird. Tatsächlich sind es weitreichende Kürzungen, vor allem bei Rente und aktiver Arbeitsmarktpolitik.